

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0245/2010
Amt/Aktenzeichen Dezernat I/12 14 75 1 B	Datum 26.01.2010	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am		
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum
Stadtrat	Entscheidung	10.02.2010

Betreff: Sachstandsbericht Machbarkeitsstudie für eine gemeinsame Bundesgartenschau der Landeshauptstädte Mainz und Wiesbaden
Mainz, Januar 2010
Jens Beutel Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt den Sachstand zur Kenntnis und erklärt die Anträge

- 27/2003 „Bewerbung für eine Bundesgartenschau in Kooperation mit Wiesbaden“ (FDP)
- 2287/2009 „Keine Bewerbung zur BUGA 2021“ (Die Linke)

für erledigt.

Problembeschreibung / Begründung

1. Sachverhalt
2. Lösung
3. Alternativen
4. Ausgaben/Finanzierung
 - a) einmalige Ausgaben
 - b) laufende Ausgaben einschl. Folgekosten (z.B. Sach- und Personalkosten, Schuldendienst)

Im Jahre 2008 wurde die 1. Stufe einer Machbarkeitsstudie erarbeitet und dem Haupt- und Personalausschuss vorgelegt. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass eine gemeinsame Bundesgartenschau zusammen mit Wiesbaden möglich und erfolversprechend ist. Das Ferienparlament hatte daraufhin in seiner Sitzung im Juli 2008 mehrheitlich beschlossen, die Stufe 2 der Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Ziel der Stufe 2 ist eine vertiefende Untersuchung des in Stufe 1 herausgearbeiteten Standortkonzeptes, insbesondere im Hinblick auf seine Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit.

Der Wirtschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 20. Januar 2009 die Vergabe der 2. Stufe der Machbarkeitsstudie beschlossen.

Das Büro Herbstreit Landschaftsarchitekten (Hildesheim) wurde somit Anfang 2009 mit der Erstellung der Machbarkeitsstudie, Stufe 2 für eine gemeinsame Bundesgartenschau der Landeshauptstädte Mainz und Wiesbaden 2021 beauftragt. Die Auftragssumme wird von beiden Städten zu gleichen Teilen getragen.

Projektkulisse für diese Machbarkeitsstudie sind die historische Aufarbeitung, die stadträumliche Entwicklung, die landschaftsräumliche Situation, die wirtschaftliche Entwicklung, das Stadtimage und das Stadtmarketing beider Landeshauptstädte.

Folgende Leistungen wurden vom Büro Herbstreit 2009 erbracht:

Vorbereitung und Durchführung von vier Erörterungsterminen und zwei Ortsterminen sowie Klärung der planerischen Grundlagen und Rahmenbedingungen. Daneben haben Sitzungen mit dem Kernteam beider Landeshauptstädte stattgefunden und es wurde eine Kommunikationsstrategie erarbeitet. Für die erbrachten Leistungen wurden bereits 25 % der Auftragssumme angewiesen.

Nach den Erörterungsgesprächen gab das Büro Herbstreit folgende Einschätzung ab (Schreiben vom 15.07.2009):

„Anfang Mai 2009 hat das BUGA Kernteam der Stadtverwaltungen Mainz und Wiesbaden gemeinsam mit Herbstreit Landschaftsarchitekten das Projekt Machbarkeitsstudie BUGA 2021 wieder aufgenommen. Das Gespräch machte deutlich, dass neben den positiven Erwartungen der Beteiligten an dem BUGA-Prozess sich in der politischen und öffentlichen Meinungsbildung zunehmend ein negatives Bild von der Gartenschau prägt. Ausgelöst durch sensible Baumfällungen auf der Maarau und die Diskussion um das Stadt-Landschaftsschutzgebiet Wiesbaden wird die BUGA mit einer befürchteten Verschlechterung des naturschutzrechtlichen Schutzstatus der Maarau sowie mit der potenziellen Verdrängung der auf der Maarau ansässigen Vereine und Nutzer verbunden. Es ist eine außergewöhnlich frühzeitige Politisierung des Projektes, einhergehend mit einer negativen Presseberichterstattung, festzuhalten.“

In der Lenkungsgruppe der beiden Landeshauptstädte setzte sich daher die Erkenntnis durch, dass eine BUGA kaum durchsetzbar sein wird und es ertragreicher wäre, den Auftrag an das Büro Herbstreit in Richtung eines Gutachtens zur Rheinufergestaltung Mainz-Wiesbaden zu modifizieren.

Das Büro Herbstreit hat sich mit einer Neuorientierung einverstanden erklärt. Zur Klärung der weiteren Vorgehensweise und auf Grundlage der obigen Einschätzung des Büros Herbstreit ruhen die Arbeiten seit Sommer 2009. Im März 2010 möchte das Büro Herbstreit die Arbeiten aber wieder aufnehmen.

Der Stadtvorstand hat am 15. Dezember 2009 eine entsprechende Änderung des Auftrages befürwortet. Am 21. Januar 2010 wurde dieser Vorschlag im Ausschuss für Umwelt, Grün, Gesundheit und Landwirtschaft besprochen. Zwecks Detaillierung des Auftrages will der Ausschuss zu einer Sonder-sitzung zusammenkommen.